



Gesprächsimpulse zur  
sozialen Verantwortung

# MITGEDACHT

1/2005

5. Jahrgang



## **Miteinander leben**

*Eine Orientierungshilfe für die  
Begegnung mit Muslimen*

Herausgeber:

**Gesprächskreis für soziale Fragen  
im Bund Freier evangelischer Gemeinden KdÖR**

Vorsitzender: Dr. Johannes Demandt

Adresse: Bendemannstraße 16  
40210 Düsseldorf

E-mail: [gsf@bund.feg.de](mailto:gsf@bund.feg.de)

Layout: Rolf Schwärzel, Bad Vilbel

## Zu diesem Heft

Heute leben in Deutschland Menschen unterschiedlichster Nationen, Kulturen und Religionen, darunter vor allem eine große und wachsende Zahl von Muslimen. Wir begegnen einander in unseren Straßen, in den Geschäften und Arztpraxen, am Arbeitsplatz, in den Schulen, in öffentlichen Verkehrsmitteln und auf Spielplätzen. Die Frage ist also nicht mehr, *ob* wir mit Muslimen und Menschen anderer Religionen zusammen leben. Die Frage ist vielmehr, *wie* wir mit ihnen zusammen leben.

Es zeigt sich, dass es nur wenig engere Kontakte gibt. Wir sind einander fremd. Wechselseitige Unsicherheiten und Vorurteile werden durch einzelne Erfahrungen verstärkt. Hinzu kommt die Angst vor religiös motivierten Fanatikern, die ihre Religion militant missbrauchen. Doch bereits im alltäglichen Leben gibt es Verunsicherungen. Viele Deutsche sind dadurch verunsichert, dass in ehemals vertrauter Umgebung plötzlich fremde Sprachen und Mentalitäten prägend werden. Andererseits erleben sich viele Zuwanderer in einer fremden Kultur als entwurzelt. In dieser Situation gibt ihnen ihre Religion oft einen nicht zu unterschätzenden Halt.

Wie aber können die verschiedenen Religionsgruppen mit ihren teilweise sehr unterschiedlichen Wertvorstellungen auf Dauer friedlich zusammen leben? Und wie kann dabei ein glaubwürdiges christliches Zeugnis aussehen? Der „Gesprächskreis für soziale Fragen im Bund Freier evangelischer Gemeinden“ möchte mit diesem Heft dazu ermutigen, Angehörigen anderer Religionen, hier insbesondere den Muslimen, nicht auszuweichen, sondern ihnen auf den unterschiedlichsten Ebenen im Geiste Jesu und in seiner Liebe zu begegnen. Gleichwohl wenden wir uns gegen eine Verharmlosung von Gefahren, die durch Vertreter des Islamismus heraufbeschworen werden.

*Jens Mankel*

*Christoph W. Kiehne*

*Dr. Johannes Demandt*

---

<sup>1</sup> *In diesem Heft wird durchgängig die Selbstbezeichnung Muslim, w. Muslima (aus dem Arabischen) benutzt; umgangssprachlich ist auch Moslem (aus dem Persischen) gebräuchlich.*

## 1. Einführung ins Thema

In den letzten Jahrzehnten hat sich die ethnische Zusammensetzung der Bevölkerung Deutschlands und Europas stark verändert. Dadurch scheint sich auch das Konfliktpotential erhöht zu haben. So wie viele Deutsche im Ausland Urlaub machen oder arbeiten, so kommen auch viele Ausländer zu uns, viele von ihnen haben in unseren Städten und Dörfern sogar eine neue Heimat gefunden. Längst nicht alle bei uns lebenden Mitbürgerinnen und Mitbürger gehören zu einer christlichen Konfession. Derzeit leben in Deutschland ca. 3,2 Millionen Muslime<sup>2</sup>, über 100.000 Buddhisten, einige 10.000 Hindus und ca. 100.000 Juden. Da die Religionen unterschiedliche Vorstellungen von gesellschaftlichem Zusammenleben haben, ist es nicht verwunderlich, dass es deshalb vermehrt zu gesellschaftlichen Spannungen kommen kann, wozu auch die Angst um Arbeitsplätze beiträgt. Die diesbezügliche Sorge vieler Menschen in unserem Land ist verständlich und muss ernst genommen werden. Das aber bedeutet, dass die unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen verstärkt miteinander reden müssen. Vor allem uns Christen muss daran liegen, mit allen Menschen, auch den Angehörigen anderer Religionen, friedlich zusammen zu leben (Matth. 5,9; Röm. 12,18). Dies aber wird nur gelingen, wenn die gesellschaftlichen Gruppen mehr voneinander wissen und sich nach Möglichkeit auch persönlich begegnen. Weder die Pflege von Feindbildern noch eine naive Verharmlosung bestehender Probleme und möglicher Gefahren hilft zum Frieden. Zu einer aufrichtigen Begegnung mit Angehörigen anderer Religionen gehört auch, dass das Fremde und Gegensätzliche als solches wahrgenommen wird. Exemplarisch soll es in diesem Heft um die Begegnung mit Angehörigen der größten nichtchristlichen Religion in Deutschland, des Islams, gehen.

## 2. Biblische Leitlinien

Bei der Begegnung mit Angehörigen anderer Religionen ist für uns Christen grundlegend und unaufgebar, dass der lebendige und einzige Gott in Jesus Christus sich selbst als wahrhaftige Liebe letztgültig offenbart hat. Schon im Alten Testament zeigt Gott seine Einzigartigkeit. „Höre Israel, der Herr ist

---

<sup>2</sup> MD EZW 67 (2004), 389: „Zahlen und Daten zum Islam in Deutschland 2004. Das Zentralinstitut Islam-Archiv-Deutschland weist auf der Basis seiner Frühjahrsbefragung 2004 darauf hin, dass die Zahl der Muslime in Deutschland gegenüber dem Vorjahr (etwas mehr als 3,1 Mio. Muslime) leicht angestiegen sei auf 3.172.000. Davon seien etwa 80 % (2.537.600) Sunniten und 20 % (634.000) Schiiten. Die Umfrage weist eine leicht gestiegene Zahl von Aleviten (410.000) und Muslimen mit deutschem Pass (802.000) sowie deutschstämmigen Muslimen (13.200) auf. Etwa 900.000 der nicht-deutschstämmigen Muslime sind in Deutschland geboren. Die Zahl der illegal eingereisten Muslime ist zum Vorjahr deutlich zurückgegangen (von ca. 300.000 auf ca. 200.000). Der Besuch der Koranschulen ging von 18 % auf 15 % der Kinder und Jugendlichen zurück.“

unser Gott, der Herr allein!“ (5. Mose 6,4) Diesen Anspruch Gottes betont das Alte Testament an vielen Stellen. Dies ist die Grundlage des biblischen Glaubens. Gott will, dass sein Volk keine anderen Götter oder Götzen verehrt. Fürchtet Gott Konkurrenz? Nein, denn alle Götzen sind im Verhältnis zu dem lebendigen Gott Nichtse (Jer. 10,3; 16,19 f., vgl. 2. Kö. 19,18; Ps. 96,5). Die Bibel geht allerdings - ohne es genauer zu erklären - davon aus, dass es neben Gott andere Mächte gibt, die in das Leben Einzelner und in die Geschichte dieser Welt eingreifen. Aber Gott allein hat als Schöpfer dieser Welt die Macht, den Menschen von seiner Sünde zu erlösen und die Welt grundlegend und endgültig zu verändern.

Wie das Alte Testament geht auch das Neue von der Einzigartigkeit Gottes aus. Jesus selbst greift das Wort aus 5. Mose 6,4 auf und stellt es dem Doppelgebot der Liebe voran (Mk. 12,29). Er bezieht den hohen Anspruch aber auch auf sich selbst, indem er seine Einheit mit Gott dem Vater bezeugt: „Alles ist mir übergeben von meinem Vater; und niemand kennt den Sohn als nur der Vater; und niemand kennt den Vater als nur der Sohn und wem es der Sohn offenbaren will.“ (Matth. 11,27) Dem entsprechen die Worte Jesu im Johannes-Evangelium: „Ich und der Vater sind eins“ (Joh. 10,30), „Wer mich sieht, der sieht den Vater“ (Joh. 14,9), „Ich bin der Weg, die Wahrheit und das Leben. Niemand kommt zum Vater außer durch mich“ (Joh. 14,6). Damit ist deutlich: Jesus Christus versteht sich selbst in der Einheit mit dem Vater und dem Heiligen Geist als der einzige und wahre Gott. Der Glaube an Jesus Christus als die Selbstoffenbarung Gottes ist das Unterscheidungsmerkmal des christlichen Glaubens.

Die Apostel haben in ihrer Verkündigung den Anspruch Jesu weiter getragen: „In keinem anderen als in Jesus Christus ist das Heil.“ (Apg. 4,12; vgl. Hebr. 1,1-4) Auch in den Hymnen des 1. Timotheusbriefs (1,17; 6,15 f.) und im Judasbrief (V. 25) wird die Einzigartigkeit des biblischen Gottes bezeugt. Paulus betonte sie, als er den Athenern in seiner Predigt auf dem Areopag den einzigen und wahren Gott vorstellte und von ihm die vielen Götter, die sie verehrten, himmelweit unterschieden sah (Apg. 17,22 ff.).

Die Predigt des Paulus auf dem Areopag zeigt Grundlegendes vom Verhältnis Gottes zu den Fremdreigionen und was sich daraus für Christen ergibt. Zwei Aspekte sind dabei von Bedeutung:

1. Alle Menschen sind von Gott geschaffen. Seiner Liebe verdanken sie ihr Leben. Sie befähigt den Menschen, seinerseits Gott zu lieben, zwingt aber niemanden dazu. Trotz menschlicher Abkehr von ihm und Hinkehr zu Ersatzreligionen bleibt Gott dem Menschen nahe, er ist ihr eigentliches Lebenselement, ohne dass sie sich dessen bewusst sind. Wir nehmen wahr: Religiosität ist für das Menschsein des Menschen ein konstituierendes Element. In den Religionen mit ihren sittlichen Impulsen kann auch ein „für

das Weltverhältnis des Menschen grundlegender Strukturierungs- und Ordnungsfaktor“ gesehen werden.<sup>3</sup> Paulus jedenfalls knüpft bei den Athenern an ihre Verehrung eines „unbekannten Gottes“ an und verkündigt ihnen das Evangelium (Apg. 17,27).

Zur von Gott geschenkten Würde des Menschen gehört, dass er mit einem hohen Maß an Entscheidungsfreiheit beschenkt ist. Gottes Liebe will den Menschen dafür gewinnen, dass er ihm freiwillig mit ungeteiltem Herzen vertraut und dient. Nach christlicher Überzeugung hat Gott diese Absicht vor allem in Jesus Christus unter Beweis gestellt. Jesus lehnte es ab, ein politischer Messias zu sein und die Gottesherrschaft mit Gewalt durchzusetzen. Er wollte die Menschen überzeugen und nicht zwingen. Die Apostel sind den gleichen Weg gegangen und haben das Wort Gottes nicht mit Zwang oder List zu den Menschen gebracht, sondern in der Überzeugungskraft Gottes. Sie verkündigten Gottes Absicht, allen Menschen das Heil zu schenken, und forderten die Gläubigen deshalb auf, für alle Menschen zu beten, d.h. für die Christugläubigen in gleicher Weise wie für Andersgläubige (1. Tim. 2,1ff.). Deshalb begegnen Christen Andersgläubigen in Liebe und Respekt und in dem Wissen, dass sie selber genauso auf die Gnade Gottes angewiesen sind wie die, die Christus nicht folgen. Das Zusammenleben von Christen mit Andersgläubigen muss deshalb vom Evangelium geprägt sein. Grundlage des Evangeliums ist die Offenbarung Gottes in Jesus Christus, der die Wahrheit in Liebe und die Liebe in Wahrheit darstellt. Deshalb ist diese Haltung auch die innere Konsequenz unseres Glaubens. Es geht um „Glaube, der in der Liebe tätig ist“ (Gal. 5,6). Die Liebe soll das Verhalten des Glaubenden bestimmen.

2. Mit der Verkündigung des Evangeliums durch Paulus in Athen stellt Gott die Anhänger der dort heimischen Religionen in eine neue Situation: Wo er die Gute Nachricht vom geschenkten Heil in Jesus Christus verkündigen lässt, da gilt es, sich von den Götzen abzuwenden und die Kraft des Auferstandenen für ein neues Leben in Anspruch zu nehmen (Apg. 17,30ff.). So wie das Volk Gottes im Alten Testament aufgefordert wurde, sich von fremdreligiösen Kulturen fernzuhalten, warnt auch das Neue Testament vor jeder Vermischung mit anderen Religionen. Im 2. Korinther-Brief (6,14ff.) stellt Paulus in krassen Gegensätzen den Glauben an Jesus Christus dem Glauben an Götter gegenüber und fragt: „Was hat der Gläubige gemeinsam mit dem Ungläubigen?“ Die Antwort darauf ist klar: Nichts! In Fragen des Heils kann es keine Kompromisse geben (vgl. Gal. 4,8ff.).

Angesichts der von Jesus erwirkten Versöhnung mit Gott wäre es absurd, das Heil noch in materiellen Gütern oder in eigener Leistung, sei es moralischer oder religiöser Art, zu suchen. Gott muss nicht durch menschliches Wohlverhalten gnädig gestimmt

---

<sup>3</sup> So R. Hempelmann: *Die Prägekraft der Religionen und die Friedensaufgabe der Kirchen*, EZW-Texte 167, Berlin 2002, S. 59

werden, sondern in Jesus Christus schenkt er uns seine Gnade ohne jede Vorleistung. Folglich geht es darum, in eine persönliche Beziehung zu Jesus Christus zu treten und so die befreiende Gnade Gottes zu erfahren. Der immer noch unerledigte missionarische Auftrag besteht darin, den Menschen diese beste Nachricht aller Zeiten glaubhaft nahe zu bringen. Christliche Gemeinden und Familien sollten ihre Türen gerade auch denen öffnen, die als Angehörige anderer Religionen Mühe haben, im so genannten christlichen Abendland das eigentlich Christliche zu erkennen.

Im Gespräch mit Angehörigen anderer Religionen gibt es keine neutrale Position. Die christliche Überzeugung, dass Jesus Christus der Weg zu Gott, die Wahrheit und das Leben ist (Joh. 14,6), entbindet uns jedoch nicht davon, Angehörigen anderer Religionen grundsätzlich mit Respekt zu begegnen, sondern schließt dies vielmehr ein. Gerade wir als Christen sollten uns dafür einsetzen, dass in unserer Gesellschaft volle Religionsfreiheit gegeben ist. Der Einsatz dafür ist geistlich verantwortbar, weil mit der Gewährung der Religionsfreiheit keine Akzeptanz der unterschiedlichen Wahrheitsansprüche verknüpft ist. Es ist aber eine Testfrage für unseren Glauben, der in der Liebe tätig ist, inwieweit wir uns dafür einsetzen, dass Andersdenkenden neben uns ein legitimer Platz eingeräumt wird. Die traurige Tatsache, dass Christen beispielsweise in islamischen Ländern benachteiligt oder gar verfolgt werden, berechtigt uns nicht dazu, im eigenen Land „mit gleicher Münze heimzuzahlen.“ Gleichwohl sollen wir uns in allen Ländern für Religionsfreiheit einsetzen, also auch dafür, dass in islamischen Ländern Kirchen gebaut werden können.

Die freiheitliche Rechtsordnung der Bundesrepublik Deutschland bietet einen Schutzraum, in dem wir ohne Angst vor Druckmitteln seitens Andersdenkender unsere christlich begründeten Vorstellungen zur Gestaltung der Gesellschaft äußern können. Im Rahmen derselben Rechtsordnung muss jedoch jedem das Menschenrecht auf freie Religionsausübung zugestanden werden. Damit ist zugleich gesagt, dass der Staat es unter keinen Umständen zulassen kann, dass seine freiheitliche Rechtsordnung durch irgendeine Religion gefährdet oder gar aufgehoben wird. Insofern ist klar, dass das Recht auf Religionsfreiheit kein absolutes ist, sondern ein solches, das an die Existenz des freiheitlichen Rechtsstaats gebunden ist. Sich für dessen Fortbestand einzusetzen, ist die Aufgabe aller Bürger, unabhängig von ihrer Religionszugehörigkeit.

### **3. Der Islam**

Um die Anliegen des Islam einigermaßen verstehen zu können, sind einige Grundkenntnisse erforderlich. Sie können hier nur in sehr knapper Form gegeben werden und sollen zu einer weiteren Beschäftigung mit dem Thema anregen (Literaturempfehlungen siehe Anhang).

### 3.1. Grundlagen des Islam

Der Islam versteht sich als „hingebungsvolle Unterwerfung“ unter Gottes<sup>4</sup> Willen. Muslim (= ein Gott Hingebener) ist jeder, der Kind eines muslimischen Vaters (!) ist oder der vor zwei männlichen Zeugen das islamische **Glaubensbekenntnis** spricht („Es ist kein Gott außer Allah und Muhammad<sup>5</sup> ist sein Prophet“) - und als Mann sich beschneiden lässt. Der Muslim bringt seine Hingabe an Gott täglich fünfmal durch eine sich verbeugende bzw. niederwerfende, nach Mekka gerichtete Gebetshaltung auch äußerlich zum Ausdruck. Neben Glaubensbekenntnis und rituellem **Gebet** gehören drei weitere Aufgaben zu seinen Hauptpflichten, sie betreffen sowohl sein Verhältnis zu Gott als auch das zur Gesellschaft: 1. Das **Fasten** im Monat Ramadan, 2. Die soziale **Pflichtabgabe**, 3. Die **Wallfahrt** nach Mekka.

Auch Frauen unterliegen diesen religiösen Pflichten. Sie sind jedoch in islamischen Ländern gegenüber Männern rechtlich benachteiligt (Sure 2,228), ebenso wie die Nichtmuslime gegenüber den Muslimen. Die Aussage „In der Religion gibt es keinen Zwang.“ (Sure 2,256) bezieht sich nur darauf, dass niemand zum Islam gezwungen wird, auf die Duldung von Juden und Christen sowie die Freiheit zum Übertritt zum Islam. Das Koranzitat entspricht also nicht der Weite des modernen Begriffs der Religionsfreiheit. Über die vom Islam Abtrünnigen „kommt Gottes Zorn (wörtlich: Zorn von Gott), und sie haben (dereinst) eine gewaltige Strafe zu erwarten.“ (Sure 16,106).

Der Koran spricht von einem „Glauben an Gott und (an das), was (als Offenbarung) auf uns, und was auf Abraham, Ismael, Isaak, Jakob und die Stämme (Israels) herabgesandt worden ist, und was Mose, Jesus und die Propheten von ihrem Herrn erhalten haben, ohne daß wir bei einem von ihnen (den andern gegenüber) einen Unterschied machen. Ihm sind wir ergeben“ (Sure 3, 84<sup>6</sup>) Das Koranzitat ist ein Beleg dafür, dass sich der Islam als „reiner Monotheismus“ in Tradition und Vollendung von Altem und Neuem Testament versteht, wobei aber das Christentum als Religion mit „drei Göttern“ als minderwertig und abwegig abgelehnt wird (vgl. Sure 5,72ff. 112. 116; dass sich das Christentum selber anders versteht, wird oft kaum zur Kenntnis genommen.) Es geht im Islam um die „gläubige Annahme eines bestimmten Sachverhaltes“.<sup>7</sup>

---

<sup>4</sup> Der arabische Begriff „Allah“ (aus al-ilah ~ „der Gott“) ist kein Eigenname, sondern die allgemeine Gottesbezeichnung, wie sie in arabischen Ländern auch von Christen als Gottesbezeichnung verwendet wird. Man kann deshalb an diesem Begriff nicht den Unterschied zwischen Islam und Christentum festmachen.

<sup>5</sup> In diesem Heft wird durchgängig der unter Muslimen übliche Name Muhammad (aus dem Arabischen) benutzt; umgangssprachlich ist im Deutschen auch Mohammed gebräuchlich.

<sup>6</sup> Dieses und folgende Koranzitate aus: Der Koran. Übersetzung v. R. Paret, Stuttgart, Berlin, Köln 1996.

<sup>7</sup> H.-M. Barth: Dogmatik. Evangelischer Glaube im Kontext der Weltreligionen. Ein Lehrbuch, Gütersloh <sup>2</sup>2002, 90.

In der islamischen Vorstellung besteht zwischen Gott und Mensch ein sehr großer Abstand. Hierin gibt es eine gewisse Ähnlichkeit mit dem biblischen Gedanken der Heiligkeit Gottes. Die Verdammung der Ungläubigen im zukünftigen Gericht spielt im Koran eine herausragende Rolle. Stark betont wird auch die Barmherzigkeit Gottes gegenüber den Gehorsamen. Anders als Judentum und Christentum kennt der Islam jedoch nicht die persönliche Zuneigung Gottes zum Menschen, wie sie in der Bibel bezeugt wird. Er lehnt es ab, Gott einen Vater zu nennen.

Muhammad (ca. 570 - 632) hat nach islamischer Auffassung ab 610 bis zu seinem Tode in Auditionen und Visionen einen göttlichen Auftrag und die letztgültigen Offenbarungen erhalten, die im **Koran** (arab. **qurʿān**, „das zu Rezitierende“) in 114 Suren (= Kapiteln) auf Arabisch in Reimprosa niedergeschrieben sind.

Muhammad steht für Muslime als „Siegel der Propheten“ über Jesus, den sie ebenfalls als Prophet, als Gesandten Gottes verehren, nicht jedoch als Gottes Sohn, wie es z.B. das Joh.-Ev. bezeugt (Joh. 1,14). Nach Auskunft des Koran ist Jesus weder gekreuzigt worden noch auferstanden, vielmehr habe ihn Gott zu sich in den Himmel erhoben (Sure 4,157f.).<sup>8</sup>

Die Offenbarung ist für Muslime der arabische Koran, dessen Worten zu gehorchen ist. Hier liegt ein kategorialer Unterschied zum christlichen Glauben, für den Gottes letztgültige Offenbarung Jesus Christus als Person ist, dem wir zu vertrauen haben.

Der Koran darf nur auf Arabisch rezitiert werden, weil er nach islamischem Verständnis so von Gott offenbart wurde. Er ist die entscheidende Quelle des Islam neben der Sunna (wörtlich: „Gewohnheit“; meint die Überlieferung der hadithe, das sind Aussprüche und Verhaltensweisen von Muhammad) und der Scharia (= Sammlung der aus Koran und Sunna abgeleiteten Rechtsmeinungen).

Der Koran besteht in weiten Teilen aus biblischem Textmaterial (ca. 60 %) und ist primär in der Form von Geboten und Belehrungen verfasst. Für Muslime ist der Koran „reines“ Offenbarungswort Gottes, ohne geschichtlichen Prozess und menschliches Dazutun entstanden. Dahingegen wirft der Koran den Juden und Christen vor, menschlich verfasste Texte (Bibel) als Wort Gottes auszugeben (Sure 2,79), auch sei das Neue Testament - da, wo es vom Koran abweicht - verfälscht.

Neben diesen fundamentalen Ungleichheiten stellt sich in der Begegnung mit dem Islam eine besondere herausfordernde Problematik: die enge Verquickung von Religion und Politik im Islam und die unterschiedlichen, zum Teil gegensätzlichen Aussagen dazu im Koran.

Beides hat mit Muhammad und der Entstehungssituation des Islam zu tun. War Muhammad in Mekka zunächst ein einfacher Gottsucher, durch die Offenbarungen

---

<sup>8</sup> E. Kellerhals: *Art. Islam II., in: Die Religion in Geschichte und Gegenwart (RGG), 3. Aufl., Bd. 3, 922.*

dann ein machtloser und bedrohter Wanderprediger, so wurde er nach seiner Umsiedlung 622 (Beginn der islamischen Zeitrechnung!) nach Yathrib (später „madinat an-nabi“ ~ Stadt des Propheten, kurz: „Medina“ genannt) und der Einung zweier verfeindeter arabischer Stämme zum politisch-religiösen Führer, der die Einheit von Islam und Gesellschaft durchsetzte. Dies spiegelt sich auch im Koran wider. Die „mekkanischen“ Suren (also aus der Zeit in Mekka) haben einen eher friedlich-vermittelnden, die „medinischen“ einen eher kämpferischen bis kriegerischen Akzent. Dieser Unterschied zeigt sich auch bei den Aussagen Muhammads gegenüber Juden und Christen, von denen er sich in Medina abwandte, nachdem ihm die gesuchte Anerkennung als Prophet von beiden versagt blieb.

So ist der Islam schon durch seinen Ursprung sehr uneinheitlich, aber es geht in allen Ausprägungen zumindest tendenziell um die völlige Durchsetzung der Gottes-herrschaft schon im Diesseits. Vielen Muslimen erscheint das Modell der Theokratie von Medina als umzusetzendes Ideal. Auf jeden Fall gehören im Islam Religion, Politik, Recht und Kultur engstens zusammen.

### *3.2. Die Aufspaltung der Islamischen Gemeinschaft und die verschiedenen islamischen Organisationen in Deutschland*

Die Aufspaltung der islamischen Gemeinschaft (umma) begann schon mit dem Tode Muhammads. Er hatte keinen Nachfolger bestimmt, so dass sich an der Frage des legitimen Nachfolgers die zwei großen Richtungen des Islams bildeten.

- Die **Sunniten** als die **Mehrheitsrichtung** im Islam, für die Koran und Sunna verbindlich sind. Weltweit sind von den ca. 1,3 Milliarden Muslimen ca. 1,17 Milliarden **Sunniten**.

- Dem gegenüber stehen ca. 130 Millionen **Schiiten** (von Schia = „Partei“ Alis), die hauptsächlich im Iran und im südöstlichen Irak in der Mehrheit sind. Sie erkennen nur Ali (den Cousin und Schwiegersohn Muhammads, zugleich der 4. Kalif = Oberhaupt der islamischen Gemeinschaft), oder direkte Nachkommen Muhammads als Kalifen an. Sie fügen dem Glaubensbekenntnis hinzu: „*Ali ist der Freund Gottes*“. Zentral ist für sie die Lehre von den Imamen (= Vorstehern der umma). In Erwartung des endzeitlichen Imams gibt es Stellvertreter, die für Schiiten verbindliche Entscheidungen treffen können. Es gibt in Deutschland ca. 134.000 Schiiten, überwiegend aus dem Iran.

Hinzu kommt die aus der Schia entstandene, aber von den Mehrheitsmuslimen nicht anerkannte Gruppe der türkischen **Aleviten** (zu unterscheiden von den syrischen Alawiten), die ca. 20 % der türkischen Bevölkerung ausmachen. In Deutschland sind es ca. 400.000. Sie vertreten einen toleranten und liberalen Islam sowie den demokrati-

schen säkularen Staat. Sie sind sehr gesprächsoffen. Außer dem Glaubensbekenntnis lehnen sie die Befolgung der fünf Hauptpflichten sowie die Scharia ab. Sie brauchen keine Moschee, dürfen Alkohol trinken und Schweinefleisch essen.

Zu erwähnen ist die in islamischen Ländern als häretisch verfolgte, dennoch islamisch-konservative, missionarisch sehr aktive und zugleich friedfertige **Ahmadiyya Muslim Jamaat**, eine indisch-pakistanische Bewegung, zu der in Deutschland ca. 50.000 Personen zählen. Sie entstand im 19. Jh. und verehrt Mirza Ghulam **Ahmad** (1835-1908) als endzeitlichen Imam. Sie nehmen an, **Jesus** sei nach Indien ausgewandert und dort gestorben.

Man kann grob von **sechs verschiedenen Ausrichtungen** unter den hier lebenden Muslimen sprechen:

1. Die säkularisierten, liberalen „**Kultur-Muslime**“, die gelegentlich religiöse Übungen und eine allgemeine Ethik praktizieren.
2. Der große Teil der **Traditions- oder Volksmuslime**, die sich zwar zum Islam bzw. zu ihrer islamisch geprägten Volkskultur zugehörig wissen, aber ähnlich wie (etwa einer Volkskirche nur formal zugehörige) Namenschristen ihre Religion nicht bewusst praktizieren.

**Diese beiden Gruppen bilden die überwältigende Mehrheit der Muslime.**

3. Die **konservativen Muslime**, die den religiösen Islam bewusst praktizieren, ohne dabei besonders politisch zu sein (etwa die mystischen Sufisten oder die Nurculuk-Bewegung = Islamische Gemeinschaft Jama'at un-Nur).

4.1. Die **islamischen Fundamentalisten** oder **Islamisten**: sie streben den „Ur-Islam“ von Medina an, die Einheit von Religion und Gesellschaft. Sie sind fundamentalistisch-islamistisch, zum Teil nationalistisch geprägt, aber nicht zwangsläufig radikal. Zu ihnen kann man u.a. die türkische „Islamische Gemeinschaft Milli Görüs“ (IGMG) zählen. Es gibt in Deutschland ca. **50.000** in verschiedenen Vereinen und Verbänden registrierte, aber in sich gespaltene „**Islamisten**“; eine größere Anzahl ist nicht registriert.

4.2. So gibt es innerhalb der Islamisten die Gruppe der **radikalen Muslime**, die für die Umsetzung ihrer Ziele auch zu einem gewaltsamen Umsturz bereit sind. Zu ihnen zählt der verbotene „Kalifatsstaat“ von Metin Kaplan (früher ICCB -Verband der Islamischen Vereine und Gemeinden).

4.3. Schließlich ist unter den Islamisten noch die sehr kleine, aber umso gefährlichere Gruppe der **militanten Extremisten und Terroristen** zu nennen.

Radikale und militante Muslime berufen sich häufig auf den **Dschihad** (arab. jihād), nach Überzeugung der meisten Muslime aber zu Unrecht. Dschihad ist der Oberbegriff für den Einsatz für Allah, das Einhalten seiner Gebote und den Glaubenskampf gegen unterschiedlichste Formen des Bösen, die den Islam bedrohen. Das kann auch den

äußeren bewaffneten Kampf (arab. qitâl) meinen (Sure 2,190ff.). In der späteren Mystik meint Dschihad vor allem den inneren Kampf gegen das eigene Böse. Deshalb ist die Übersetzung „Heiliger Krieg“ irreführend. Krieg und Töten sind den Muslimen grundsätzlich verboten, nur unter besonderen Umständen als notwendiges Übel erlaubt (Sure 5,32). Dschihad ist also nicht zwangsläufig kriegerisch, aber er schließt auch die Möglichkeit der Gewalt ein. Der im Dschihad gefallene Märtyrer bekommt himmlischen Lohn.

Dem Islam sind religiöse **Organisationsformen** fremd. In Deutschland haben sich erst im Laufe der letzten Jahrzehnte aus praktischen Notwendigkeiten heraus zunächst Ortsvereine, dann Verbände gebildet. Diese vertreten meist nationale oder islamistische Ideologien. Sie repräsentieren auch nur einen Bruchteil der Muslime in Deutschland. Zu nennen sind die konkurrierenden Spitzenverbände „**Islamrat**“ (der von Milli Görüs dominiert wird) und der „**Zentralrat der Muslime**“ (ZMD) sowie die beiden großen Einzelverbände, die in keinem der beiden Spitzenverbände vertreten sind: die „**Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion**“ (DITIB oder Diyanet), die den regierungsoffiziellen, türkischen, laizistischen Islam vertritt, und der „**Verband Islamischer Kulturzentren**“ (VIKZ), der älteste Verband, der sich politisch neutral, konservativ und lange dialoginteressiert zeigte, in den letzten Jahren sich aber eher verschließt.

Diese Hinweise auf die Vielfalt der Muslime sollen zur **Differenzierung** helfen. Zunächst ist es wichtig, immer den einzelnen Menschen zu sehen. Die große Mehrheit der Muslime, noch nicht einmal alle Islamisten dürfen mit Extremisten oder gar Terroristen gleichgesetzt werden. Bei der Begegnung mit islamischen Gemeinschaften ist aber genau danach zu fragen, um welche Art und um welche Ausrichtung es sich handelt.

#### **4. Miteinander leben - Konsequenzen für den Umgang mit Muslimen**

##### *4.1 Die gesellschaftliche und geistliche Herausforderung annehmen*

Starke Umbrüche finden deutschland- und europaweit sowohl in traditionell christlichen wie in fremdreligiösen Bevölkerungsschichten statt. Wir erleben heute in großem Ausmaß, was freikirchlichem Denken schon immer besonders bewusst war, nämlich dass sich der christliche Glaube nicht vererben lässt. Das bedeutet: es ist immer weniger selbstverständlich, dass sich die nachwachsende Generation den Glauben ihrer Mütter und Väter zu eigen macht. Nicht wenige Jugendliche kehren der Gemeinde den Rücken, weil ihnen andere Lebensstile als die in der Gemeinde vertretenen, manchmal sogar andere Religionen attraktiver erscheinen.

Das genau Entsprechende erleben auch viele unserer fremdreligiösen Mitbürger. Der kulturelle Riss geht bei ihnen oft mitten durch die Generationen der eigenen Familie, so dass diese sich in ihrer Identität gefährdet sieht. Dies wiederum führt oft zu verstärkter Abgrenzung. In manchen Teilen unserer Städte ist zu beobachten, wie sich Menschen verschiedener Herkunft gegeneinander abschotten und wie sich geschlossene Parallelgesellschaften bilden.

Die Situation in Deutschland und Europa ruft nach deutlich stärkeren gesellschaftlichen Anstrengungen. Neben vielen anderen hat Altbundespräsident Johannes Rau eindringlich Lösungen angemahnt: „Ich habe große Sorge, wenn ich sehe und höre, dass sich Ghettos bilden. Eine Gesellschaft kann auf Dauer nicht bestehen, wenn sie aus lauter kleinen Teilgesellschaften besteht, die voneinander nichts wissen und oft nichts wissen wollen, die nebeneinander her und vielleicht eines Tages gegeneinander leben. Da sind tiefe und schwere Konflikte schon programmiert, wenn nicht rechtzeitig etwas dagegen getan wird.“<sup>9</sup>

Neben dieser gemeinsamen gesellschaftlichen Herausforderung der Integration stellt sich für uns Christen auch eine geistliche Herausforderung. Nicht nur durch den zunehmenden Atheismus, sondern auch durch die intensive Präsenz anderer Religionen, insbesondere des Islam, kann man nicht mehr ohne weiteres davon ausgehen, dass unsere Gesellschaft auch in Zukunft primär vom christlichen Glauben und seinen Werten geprägt wird. Das fordert Christen heraus, ihren Glauben noch wahrhaftiger und liebevoller zu leben (Gal. 5,6; Eph. 4,15), bewusster und öffentlicher zu bezeugen und das demokratische Gemeinwesen noch überzeugender mitzugestalten. Nach den oben dargelegten biblischen Einsichten geht es um eine missionarische und eine gesellschaftliche Aufgabe für Christen und christliche Gemeinden. Die missionarische Aufgabe besteht in der aktiven Nächstenliebe und im mündlichen Zeugnis vom Evangelium. Die gesellschaftliche Aufgabe besteht nicht zuletzt auch im Einsatz für volle Religionsfreiheit und ein friedliches Zusammenleben im Rahmen des freiheitlich-demokratischen Rechtsstaates.

#### *4.1.1 Wahrhaftige Nächsten- und Fremdenliebe*

Auch uns fremde Angehörige anderer Religionen sind von Gott geschaffene und geliebte Menschen mit Ängsten und Sehnsüchten. Deshalb dürfen wir sie nicht nur unter dem Blickwinkel ihrer uns fremden Religion und Kultur betrachten, sondern sollten ihnen - gemäß der Weisung Jesu in der „Goldenen Regel“ (Matth. 7,12) - so begegnen, wie wir wollen, dass sie uns begegnen: als Mitmenschen mit Respekt und

---

<sup>9</sup> In seiner Rede bei der Auswertungstagung der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen zur Initiative „Lade deine Nachbarn ein“ am 24.03.2003 in Bonn.

Wertschätzung. Gerade in der Begegnung mit fremden Menschen ermutigt uns die Bibel mit zwei wichtigen Einsichten, unsere Ängste und Vorurteile zu überwinden und die Fremden aufzunehmen:

Jesus verheißt denjenigen das Reich Gottes, zu denen er einmal sagen kann: „Ich bin ein Fremder gewesen, und ihr habt mich aufgenommen.“ (Matth. 25,35) Damit macht er für Christen verbindlich, was bereits Gottes Gebot für Israel war: „Wenn ein Fremdling bei euch wohnt in eurem Lande, den sollt ihr nicht bedrücken. Er soll bei euch wohnen wie ein Einheimischer unter euch, und du sollst ihn lieben wie dich selbst; denn ihr seid auch Fremdlinge gewesen in Ägyptenland. Ich bin der HERR, euer Gott.“ (3. Mose 19,33f.)

#### *4.1.2 Missionarisches Zeugnis*

Zur wahrhaftigen Liebe gehört auch das Bekenntnis unseres Glaubens an den gekreuzigten und auferstandenen Jesus Christus und die Einladung zum Glauben an ihn. Als Christen, die wir die Einzigartigkeit der Liebe Gottes in Jesus Christus erfahren haben und daraus leben, können wir diese um alle Menschen werbende Liebe nicht verschweigen, denn das wäre geradezu lieblos und unwahrhaftig. Menschen, die Christus nicht kennen, bitten wir in seinem Auftrag mit allem Ernst: „Lasst euch mit Gott versöhnen!“ (2. Kor. 5,20; vgl. Matth. 28,18-20)

#### *4.1.3 Friedliches Zusammenleben*

Christen können Ängste vor dem Fremden überwinden, weil die Liebe Furcht auszutreiben vermag (1. Joh. 4,18). So können wir als Friedensstifter zu einem respektvollen und friedlichen Zusammenleben beitragen. Dazu ist es wichtig, einander möglichst genau kennen zu lernen, die diffusen Ängste und konkreten Sorgen auf allen Seiten ernst zu nehmen, sie auszusprechen und gemeinsam Schritte zu ihrer Überwindung oder Klärung zu tun. Für ein friedliches Zusammenleben ist der respektvolle und zugleich wahrhaftige Dialog der Religionsgemeinschaften auf der Grundlage der freiheitlich-demokratischen Rechtsordnung unerlässlich, in dem miteinander Gemeinsames gesucht wird, aber auch über Unterschiede, unbequeme Wahrheiten, gegensätzliche Wahrheitsansprüche und konkrete Konfliktfelder gesprochen werden kann. Voraussetzung dafür ist die Bereitschaft aller Beteiligten, die jeweils andere Religion nicht nur durch die eigene Brille wahrzunehmen, sondern sie auch aus der Sicht ihrer Vertreter kennen zu lernen und zu respektieren. Zu einem solchen Dialog könnten gerade freikirchliche Christen viel beitragen und so auch die Kluft in der Christenheit überwinden zwischen denen, die aus fundamentalistischer Überheblichkeit heraus jeden Dialog verweigern, und denen, die den Dialog blauäugig und positionslos führen, wie es zum Teil geschieht.

#### 4.1.4 Religionsfreiheit

Für freikirchliche Christen ist die volle Religions- und Gewissensfreiheit ein hohes Gut. Dies entspringt zum einen aus der biblischen Einsicht, dass das Evangelium und deshalb auch die christliche Gemeinde ihrem Wesen nach keine weltliche Macht beansprucht und dass Glaube immer eine Sache freier Antwort und persönlicher Überzeugung ist, die nicht erzwungen oder verordnet werden kann. Zum anderen aus der eigenen geschichtlichen Erfahrung von Unterdrückung und Verfolgung durch eine unheilige Allianz von Kirche und Staat.

In der Tradition der angloamerikanischen Freikirchenbewegung forderte in Deutschland erstmals der Baptistenprediger Julius Köbner (1806-1884) in seinem „Manifest des freien Urchristentums an das deutsche Volk“ aus dem Revolutionsjahr 1848 völlige Religionsfreiheit für alle:

„Aber wir behaupten nicht nur unsre religiöse Freiheit, wir fordern sie für jeden Menschen, der den Boden des Vaterlandes bewohnt, wir fordern sie in völlig gleichem Maße für alle, seien sie Christen, Juden, Mohammedaner<sup>10</sup> oder was sonst. [...] Wir werden keine wahre Religionsfreiheit haben, wenn irgendeine Religionspartei in Verbindung mit dem Staate bleibt oder der Staat sich um die Religion kümmert.“<sup>11</sup> Diese freikirchliche Grundüberzeugung ist heute leider vielen freikirchlichen Christen nicht mehr bekannt. Es ist deshalb dringend notwendig, sie in Erinnerung zu rufen. Dabei verkennen wir nicht, dass die jahrhundertelange Dominanz der katholischen und protestantischen Volkskirchen in Europa wesentlich zu einer Wertegemeinschaft beigetragen hat, die unser Zusammenleben noch heute stützt und prägt. Auch die Freikirchen profitieren davon. Dennoch darf das sogenannte „christliche Abendland“, in dem freikirchliche Christen fast immer unterdrückt wurden, nicht idealisiert werden. Das Leiden der Freikirchen unter einer sehr eingeschränkten Religionsfreiheit in der Vergangenheit verpflichtet uns heute zum Einsatz für völlige Religionsfreiheit. Sie ist mehr als gewährte oder gleichgültige Toleranz. Jeder muss frei sein, öffentlich seine Religion zu bekennen, auszuüben und zu wechseln. Menschen, die vom Islam zum Christentum übertreten, dürfen nicht länger verfolgt und vor allem nicht mit dem Tode bestraft werden.

Oberflächlich betrachtet steht in manchen gesellschaftlichen Konflikten Religion gegen Religion. Gäbe man islamistischen Forderungen nach, würde Europa bald unter der Herrschaft des Islam stehen; gäbe man Forderungen nach, die von bestimmten extremen Gruppen, welche sich selber als christlich verstehen, erhoben werden, würden Muslime als Menschen zweiter Klasse behandelt oder gar gewaltsam vertrie-

---

<sup>10</sup> Der im Zitat stehende, damals gebräuchliche Begriff „Mohammedaner“ für Muslime ist eine Fremdbezeichnung, die von Muslimen abgelehnt wird, und sollte deshalb vermieden werden.

<sup>11</sup> Zitiert nach E. Geldbach: *Freikirchen - Erbe, Gestalt und Wirkung*, Göttingen 1989, 149f.

ben. Das christliche Gebot der Nächstenliebe fordert den Verzicht auf Zwangsbekehrungen und den Respekt vor anderen religiösen Überzeugungen. Eben deshalb stellt es einen Schutz für Christen und Muslime und Angehörige aller Religionen vor menschenverachtenden Praktiken dar.

#### 4.2. Konkrete Empfehlungen

Hierbei sind die persönliche, die gemeindliche und die gesellschaftliche Ebene zu unterscheiden.

##### 4.2.1. ... auf der persönlichen Ebene

- „**Lade deine Nachbarn ein**“! So lautete der Titel einer mehrjährigen Initiative der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen (ACK).<sup>12</sup> Es ist zugleich die beste Empfehlung, um christliche Nächstenliebe zu bezeugen. Viele Zuwanderer, insbesondere Muslime, sind gastfreundliche Menschen. Laden Sie ihre fremdländischen Nachbarn ein oder bieten Sie Ihren Besuch an. Viele Zuwanderer haben noch nie deutschen Besuch erhalten, so wie es beispielsweise von einer Frau im Infolyer „Lade deine Nachbarn ein“ zitiert wird: „Seit 28 Jahren, die ich mit meinem Mann in diesem Haus lebe, sind Sie die ersten Deutschen, die meine Wohnung betreten und auf meinem Sofa sitzen.“ Anknüpfungspunkte für solche ersten Kontakte gibt es meist in der Nachbarschaft, im Kollegenkreis, bei Elternabenden etc.

- Informieren Sie sich vor einer solchen Begegnung über kulturelle und religiöse Sitten und respektieren Sie diese (etwa Schweinefleischverbot, Schuhe im Haus ausziehen, sorgsamer Umgang mit Koran und Bibel).

- Hören Sie aufmerksam zu und zeigen Sie Interesse an dem konkreten Menschen, seinem Erleben, seiner Geschichte, seiner Kultur. Für solche Besuche oder Gespräche bedarf es meist eines „orientalischen Zeitmaßes“.

- Bieten Sie konkrete diakonische Hilfen an, wo Sie merken, dass Hilfe notwendig ist, etwa Begleitung bei Behördengängen, beim Ausfüllen von Formularen etc.

- Gerade Muslime sind meist sehr offen für religiöse Gespräche. Wo sich solche ergeben, vermeiden Sie unbedingt theologische Streitgespräche, Rechthabereien und Belehrungen über den Islam. Fragen Sie Ihren Gesprächspartner, was ihm seine Religion bedeutet. Erzählen Sie bekenntnishaft, was Ihnen Ihr Glaube an Jesus Christus, was Ihnen Versöhnung mit Gott und Heilsgewissheit usw. bedeuten. Hilfreich ist es, den Islam zumindest in seinen Grundaussagen so gut zu kennen, dass Sie Anknüpfungspunkte für Ihr christliches Glaubenszeugnis haben.

- Erzwingen Sie kein Bekehrungsgespräch, aber wo ein Muslim offen ist für das Evangelium, scheuen Sie sich nicht, ihn behutsam und schrittweise zu Jesus und zu einer christlichen Gemeinde zu führen. Suchen Sie spätestens dann in diesem Bereich erfahrene missionarische Helfer.

- Zu jeder Zeit Ihres Kontaktes mit Angehörigen einer anderen Religion sollte deutlich bleiben, dass Sie niemanden bedrängen, ihn in seiner persönlichen Freiheit einschränken oder gar sich selbst irgendwelche Vorteile verschaffen wollen.

#### 4.2.2. ... auf der gemeindlichen Ebene

- Es herrscht unter Christen immer noch eine große Unkenntnis über die Inhalte und die differenzierte Vielfalt des Islams. Deshalb sollten Gemeinden **Informationsabende** mit Islamexperten anbieten.

- Gemeinden könnten sozial-missionarische Dienste für Zuwanderer anbieten oder darauf hinweisen.

- Gemeinden sollten sich in ihrer Nachbarschaft **gastfreundlich** für Zuwanderer, insbesondere Muslime, öffnen. Das kann damit anfangen, dass eine Gemeinde missionarisches Material oder muttersprachliche Bibeln für Interessierte bereit hält, dass sie etwa zum Weihnachtsfest muttersprachliche Neue Testamente verschenkt etc.

- zu benachbarten Religionsgemeinschaften können gute Kontakte gesucht werden.

- Gemeinden sollten sich an interreligiösen Gesprächen bzw. „**Runden Tischen**“ an ihrem Ort beteiligen,

- um zu einem Dialog in wahrhafter Liebe beizutragen,
- um die Vielgestaltigkeit und Unterschiedlichkeit anderer, insbesondere muslimischer Religionsgemeinschaften kennen zu lernen,
- um gegenseitiges Verständnis, Vertrauen und Respekt aufzubauen,
- um dann in Konfliktsituationen das friedliche Zusammenleben stärken zu können,
- um Gemeinsamkeiten und Unterschiede zu entdecken und auch zu respektieren,
- um die dialogwilligen und integrationswilligen Religionsgemeinschaften zu stärken,
- um Begegnungsebenen für Menschen verschiedener Religionen vorzubereiten,
- um zu entdecken, wo vor Ort zusammen gearbeitet werden kann und wo nicht, etwa bei konkreten gesellschaftlichen, sozialen und humanitären Fragen, bei der gemeinsamen Verantwortung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung,
- um mit dazu beizutragen, dass Konflikte im alltäglichen, praktischen Zusammenleben gemeinsam geklärt werden (Kindergärten, Schulen, Arbeitsplatz, Nachbarschaft, Krankenhäuser, Friedhöfe).

- Gerade im Bezugsrahmen solcher vertrauensbildender Gespräche könnten freikirchliche Gemeinden deutlich machen, dass so genannte „**interreligiöse Gebete**“ bei öffentlichen Veranstaltungen wie etwa Friedensgebeten, interreligiösen Schulfestern etc. **kein taugliches Mittel der Verständigung** sind. Zum einen ist Gebet immer ein intimer Ausdruck des Glaubens und eignet sich nicht zu Demonstrationszwecken. Zum anderen ist es für ein gemeinsames Gebet zwingend notwendig, zu einem gemeinsamen und damit zu demselben Gott zu beten und ihn anzurufen. Das kann aber niemand voraussetzen. Der Versuch, „**multireligiöse Gebete**“ zu veranstalten, also nicht „gemeinsam zu“, sondern „nebeneinander vor“ Gott zu beten, ist vom interreligiösen Gebet nur schwer zu unterscheiden. Deshalb ist davon abzuraten.

#### 4.2.3. ... auf der gesellschaftlichen Ebene

Hier hat sich in den letzten Jahren eine Fülle von sehr komplexen Fragen und Problemen eröffnet.

Dabei geht es auch um das Spannungsfeld, dass gerade der Islam und seine Kultur sowohl religiös als auch unmittelbar politisch geprägt sind. Er ist eine Religion und zugleich eine religiös begründete und auf Dominanz ausgerichtete Gesellschaftsordnung, die mit dem freiheitlichen Rechtsstaat in erheblicher Spannung steht. Vor diesem Spannungsfeld dürfen freikirchliche Christen und Gemeinden die Augen nicht verschließen. Dennoch sollten sie ihren Glaubensüberzeugungen treu bleiben und sich gegenüber der Gesellschaft wie auch gegenüber den Muslimen stets für die volle Religionsfreiheit des einzelnen Menschen sowie all derjenigen Religionsgemeinschaften einsetzen, die die freiheitlich-demokratische Grundordnung bejahen.

Als Beispiele können hier nur vier Themenbereiche kurz angesprochen und von den oben genannten Grundlagen her eingeschätzt werden:

- Eine wirkliche **Integration** bedeutet nicht, die eigene Identität aufzugeben, aber sie schließt ein Ja zu Rechten und Pflichten für alle Bevölkerungsgruppen ein. Für Zuwanderer, die dauerhaft in Deutschland leben wollen, ist es eine unabdingbare Pflicht, das Grundgesetz mit seinen freiheitlichen Grundrechten für alle zu akzeptieren und die deutsche Sprache zu erlernen. Dieses Erlernen ist zu fordern und zu fördern.

- Dazu kann auch ein **deutschsprachiger (!) muslimischer Religionsunterricht** an öffentlichen Schulen beitragen. Solange es christlichen Religionsunterricht an öffentlichen Schulen gibt, ist dieses Recht auch anderen Religionsgemeinschaften zu gewähren, allerdings unter rechtsstaatlicher Aufsicht. Dies könnte dazu beitragen, die islamische Unterweisung aus dem fremdsprachlichen Dunkel der Koranschulen herauszuholen. Allerdings liegt hier ein umfangreiches Problemfeld, da es eine Vielzahl von

islamischen Verbänden gibt, die jeweils nur einen kleinen Teil der Muslime vertreten und die in dieser Frage keinen einheitlichen Standpunkt vertreten.

- Beim „**Kopftuch-Streit**“ geht es um einen schwierigen Grenzbereich, da das Kopftuch sowohl ein persönliches Kleidungsstück als auch ein religiöses und ein politisches Symbol ist. Im Einzelfall lässt sich nicht ohne Kenntnis der jeweiligen Muslima über deren Motivation urteilen. Ist es ein selbstbewusstes, persönliches Bekenntnis oder die permanente Demonstration der Minderwertigkeit der Frau? Der Koran schreibt nicht ausdrücklich das Kopftuch-Tragen vor. Er fordert aber von den Frauen bedeckende Kleidung:

„Und sag den gläubigen Frauen, sie sollen (statt jemanden anzustarren, lieber) ihre Augen niederschlagen, und sie sollen darauf achten, dass ihre Scham bedeckt ist, den Schmuck, den sie (am Körper) tragen, nicht offen zeigen, soweit er nicht (normalerweise) sichtbar ist, ihren Schal sich über den (vom Halsausschnitt nach vorne heruntergehenden) Schlitz (des Kleides) ziehen und den Schmuck, den sie (am Körper) tragen, nicht offen zeigen, außer ihrem Mann, ihrem Vater, ihrem Schwiegervater, ihren Söhnen, ihren Stiefsöhnen, ihren Brüdern, den Söhnen ihrer Brüder und ihrer Schwestern, ihren Frauen, ihren Sklavinnen, den männlichen Bediensteten, die keinen Geschlechtstrieb (mehr) haben, und den Kindern, die noch nichts von weiblichen Geschlechtsteilen wissen.“ (Sure 24,31a).

Daraus hat sich in **islamischen Ländern** die mehrheitliche Auffassung entwickelt, dass es für Frauen geboten ist, in der Öffentlichkeit ein Kopftuch zu tragen. In einigen islamischen Ländern (z.B. Saudi-Arabien) besteht **Kopftuchzwang** für alle, auch die nichtmuslimischen Frauen. Hier ist das Kopftuch ein politisch-islamistisches Zeichen der gesellschaftlichen Frauenunterdrückung.

In **Deutschland** allerdings sind die persönlichen **Motive und Gründe des Kopftuch-tragens** unter Muslimas sehr vielfältig, vom selbstbewussten religiösen Bekenntnis über familiär erzwungenes Tragen bis zum Ausdruck einer politisch-islamistischen Gesinnung, die einen Angriff auf unseren freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat darstellt. Diese Vieldeutigkeit macht die Beurteilung so schwierig.

Unstrittig ist für die Herausgeber dieses Heftes, dass in Deutschland Muslimas ihr Kopftuch auch öffentlich tragen dürfen, aber selbstverständlich von niemandem dazu gezwungen werden dürfen! Solange sie damit keine ausdrücklich politisch-verfassungsfeindlichen Aussagen verbinden, ist ihr Kopftuchtragen zu respektieren.

Unterschiedlicher Meinung sind wir in der Frage, ob dies auch für eine Lehrerin (wie für jeden anderen Vertreter des Rechtsstaates im öffentlichen Dienst) gilt. Darf bzw. kann der Staat einer muslimischen Lehrerin - wie auch anderen Bürgern mit einer bestimmten religiösen Überzeugung - in einem religiösen Teilbereich Verzicht zumuten, hier entweder auf das Tragen des Kopftuches während des öffentlichen Dienstes oder auf diesen öffentlichen Dienst selbst? Je nachdem wie wir die religiöse und

die politische Bedeutung gewichten und je nachdem wie wir die volle Religionsfreiheit und das individuelle Recht, seine religiöse Überzeugung auch öffentlich zu zeigen, einerseits und das religiöse Neutralitätsgebot des Rechtsstaates und seine Aufgabe, die Bewahrung der freiheitlichen Grundordnung und seiner christlichen Wurzeln sicher zu stellen, andererseits gegeneinander abwägen, fällt unsere Entscheidung für oder gegen eine Zulassung aus.

In einem Staat wie Deutschland, dessen religiöse Neutralität und Toleranz sich zu einem erheblichen Teil gerade aus christlichen Wurzeln speist, kann staatlicherseits kein Angriff auf eben diese Wurzeln zugelassen werden. Andernfalls würde er letzten Endes seine eigene Aufhebung betreiben. Folglich ist es eine Daueraufgabe des Staates, in Gesprächen mit Muslimen und allen (!) gesellschaftlich relevanten Gruppen die Bewahrung des freiheitlichen Rechtsstaats sicherzustellen und das Bewusstsein der christlichen Wurzeln weiterhin zu fördern. Dass die christlichen Wurzeln unseres freiheitlichen Rechtsstaats niemals eine Zwangsbaptisierung nichtchristlicher Bürger legitimieren dürfen, mag vordergründig als Widerspruch erscheinen, gehört jedoch gerade zum Wesen des christlichen Glaubens.

- Sehr umstritten unter Christen ist der **Moscheebau**, insbesondere Lage und Größe des Baus, die Höhe des Minaretts und der lautsprecherverstärkte **Gebetsruf des Muezzin**. Moscheen mit Minarett in einer dem Umfeld angemessenen Bauweise entsprechen dem Grundsatz der freien Religionsausübung und sind deshalb von der Gesellschaft zu respektieren. Über den Gebetsruf, erst recht über seine Lautsprecherverstärkung, sollte man sich im jeweiligen Umfeld verständigen. Er ist zur freien Religionsausübung nicht unbedingt notwendig, ist also eine Frage des Ermessens, ob dadurch die öffentliche Ordnung gefährdet wird oder nicht.

### ***5. Modelle und Beispiele aus der Praxis Freier evangelischer Gemeinden***

Es geht in diesen Modellen und Beispielen darum, wie Gemeinden in ihrem Umfeld anderen Religionsgemeinschaften und deren Angehörigen begegnen und wie sie vor Ort konstruktiv-friedlich zusammen leben können.

#### *a) Interne Informationsveranstaltungen in Gemeinden*

Für solche Veranstaltungen gibt es mittlerweile eine Fülle von Beispielen. Sie dienen dazu, die Gemeinden mit dem Wesen anderer Religionen und der konkreten Gemeinschaft vertraut zu machen und sie auf interreligiöse Begegnungen vorzubereiten.

#### *b) Öffentliche Themen- und Gesprächsabende in Gemeinden*

Wenn Gemeinden sich entschließen, zu einer Informationsveranstaltung über andere Religionen öffentlich einzuladen, kann diese bereits durch die Teilnahme von

überzeugten Vertretern anderer Religionsgemeinschaften einen interreligiösen Charakter erhalten. So hat beispielsweise die Freie evangelische Gemeinde Brühl im Rahmen des Bibeljahres 2003 zu einem Abend unter dem Thema „Bibel und Koran - was verbindet und trennt Christen und Muslime?“ öffentlich eingeladen. Neben vielen Gemeindemitgliedern und anderen interessierten christlichen Besuchern waren auch einige Vertreter der örtlichen türkisch-muslimischen Gemeinde gekommen. Im Anschluss an den Vortrag entstand im Rahmen der Aussprache zwischen Christen und Muslimen ein engagiertes Gespräch, das auf beiden Seiten von festen Überzeugungen, aber auch von der Bereitschaft, den anderen in seiner fremden Überzeugung zu respektieren und zu verstehen, geprägt war. So konnten Unsicherheiten zu einem guten Stück überwunden und Unwissen über den anderen ausgeräumt werden. So war es beispielsweise für die Muslime eine neue Erfahrung, dass es überzeugte Christen gibt, die ihren Glauben sehr ernsthaft leben, die ihnen aber freundlich, offen und nicht feindlich-ablehnend begegnen.

#### *c) Gegenseitige Besuche von Unterrichtsgruppen*

Einige Gruppen des Biblischen Unterrichts für junge Menschen aus verschiedenen Gemeinden des Rheinischen Kreises besuchten im Juni 2004 die Mimar Sinan Moschee (Türkisch-Islamischer Kulturverein e.V. - DITIB) in Wesseling bei Bonn. Zuvor gab es eine gemeinsame interne Einführung zum Islam. Dabei wurden Fragen erarbeitet. In der Moschee, die durch ihre Farbenvielfalt und Ornamentik viele beeindruckte, beantworteten mehrere Vorstandsmitglieder bereitwillig alle Fragen der Teenager. Es herrschte eine offene Atmosphäre, in der Gemeinsamkeiten und Unterschiede bewusst wurden. Die Muslime waren sehr beeindruckt von der Wertschätzung, die ihnen entgegengebracht wurde, so dass sie die Gegeneinladung, mit ihren Koranschülern eine Freie evangelische Gemeinde zu besuchen, gerne annahmen.

#### *d) Nachbarschaft zu einer Moschee*

Das Beispiel der Freien evangelischen Gemeinde Nürnberg, deren neues Gemeindezentrum unmittelbar neben einer Moschee steht, zeigt das erfolgreiche Bemühen der Gemeinde um friedlich-gastfreundliche Nachbarschaft (nach Röm. 12,18 u. Hebr. 12,14), aber auch die Grenzen solcher Nachbarschaft, die nur in dem Maß gelebt werden kann, wie beide Seiten es zulassen.

Als die Gemeinde 1997 vor der Kaufentscheidung des neuen Grundstückes stand, wurden in der Gemeinde Bedenken zur Nachbarschaft einer Moschee geäußert: „Können wir es als Gemeinde wagen, so nah zu einer Moschee zu ziehen?“ Es gab Angst vor Konflikten. Dennoch wurde der Schritt gewagt. Nach dem Kauf des Grundstückes wurde 1998 ein internes Islam-Seminar mit dem christlichen Islamexperten Pfarrer Eberhard Troeger durchgeführt, um die Gemeinde mit dem Wesen des Islam vertraut zu machen und sie auf die Nachbarschaft vorzubereiten. Der FeG-

Pastor und Pfarrer Troeger besuchten gemeinsam die Moschee und erlebten einen offenen, freundlichen Empfang. Pfr. Troeger wies darauf hin, dass es sich um eine Moschee der türkischen „Islamischen Gemeinschaft Milli Görüs“ (IGMG) handelt, die fundamentalistisch-nationalistisch ausgerichtet und in der Regel nicht dialogoffen ist. Vertreter der Moschee wurden zur Einweihung des Gemeindezentrums eingeladen, kamen aber nicht. Die Gegeneinladung wurde aber von zwei Ältesten und dem Pastor angenommen. Es kam zu einem aufschlussreichen Gespräch mit einem führenden Vertreter, der auch das Gute-Nachricht-NT hatte und bekannte, darin zu lesen. Zur erneuten Einladung der Gemeinde kam er ins Gemeindehaus, allerdings nur alleine. Die anderen Türken scheuten sich wohl. Im Monat Ramadan erbatn die Türken die Nutzung des Gemeindeparkplatzes, den die Gemeinde gern zur Verfügung stellte. Darüber hinaus gibt es kaum Kontakte. Die Gebete um missionarische Zugänge zu Muslimen erfüllten sich hier bisher nicht im erwarteten Sinne, allerdings dann unerwartet auf andere Weise durch die missionarische Arbeit eines irakischen Christen unter seinen Landsleuten.

#### *e) Interreligiöser Runder Tisch*

Seit 1998 existiert in Köln-Mülheim ein **Interreligiöser Runder Tisch (IRT)**. Initiiert durch die Stadt Köln im Rahmen eines Integrationsprojektes zur Verbesserung des schwierigen Klimas in einem Stadtteil, wo es bei einem türkischen Bevölkerungsanteil von über 25 % starke Ansätze zu Parallelgesellschaften gibt, treffen sich seitdem zweimonatlich Vertreter der verschiedenen Religionsgemeinschaften: der katholischen Kirchengemeinden, der evangelischen und der orthodoxen Kirchengemeinde, der Baptisten, der Freien evangelischen Gemeinde, der Buddhistischen Religionsgemeinschaft Soka Gakkai, des Haci Bectas Veli Kultur Verein (Aleviten), der „Türkisch-Islamischen Union der Anstalt für Religion e.V.“ (DITIB), der Islamischen Gemeinschaft Jama'at un-Nur, zeitweise auch des „Verbandes Islamischer Kulturzentren e.V.“ (VIKZ), der Afghanischen Hindugemeinde und neuerdings auch der Sikh-Gemeinde - also eine sehr bunte Zusammensetzung. Die Leitung der Freien evangelischen Gemeinde hat die Einladung der Stadt angenommen, um ihrerseits einen Beitrag zu einem guten Zusammenleben der verschiedenen Religionsgemeinschaften zu leisten. In der ersten Phase stellten sich alle Religionsgemeinschaften in ihren Häusern und mit ihrer Geschichte und Glaubenslehre vor. Dadurch wurde für viele erstmalig die Vielfalt christlicher und islamischer Gemeinschaften deutlich. So kannten beispielsweise viele Muslime die Freikirchen nicht. Und auf christlicher Seite war beispielsweise neu, dass die Aleviten eine sehr große Gruppe unter den Türken bilden, die friedlich, liberal und demokratisch orientiert sind und von den anderen Muslimen selten als Muslime akzeptiert werden. Mittlerweile ist gegenseitiges Vertrauen und Verständnis gewachsen. Es werden jährlich gemeinsame öffentliche Veranstaltungen durchgeführt, um auch Begegnungen der Gemeinschaften zur ermöglichen. Diese Veranstaltungen

haben einen thematischen und einen kulturellen Aspekt. Podiumsgespräche mit Plenum, Musik, Folklore und gemeinsames Essen mit interessanten Tischgesprächen prägen diese Abende. Gerade von freikirchlicher Seite konnte deutlich gemacht werden, dass Respekt gegenüber dem andern und ein klares Glaubenszeugnis sich nicht ausschließen. So sind diese Veranstaltungen eine gute Gelegenheit, etwas über den Glauben der anderen zu erfahren, aber auch den eigenen Glauben zu bezeugen. Hilfreich war auch, dass der IRT sich in Situationen besonderer Verunsicherung mit gemeinsamen Erklärungen zum friedlichen Zusammenleben an die Köln-Mülheimer Öffentlichkeit wenden konnte, so etwa nach dem Terroranschlag vom 11.09.2001 und, noch wichtiger, nach dem Nagelbombenanschlag in der überwiegend türkisch geprägten Mülheimer Keupstraße am 09.06.2004.

*f) Interreligiöse Akzente bei einer bibelmissionarischen Aktion: die BibelBox in Köln*

Im Juli 2003 stand im Rahmen des „Jahrs der Bibel“ die **BibelBox**, eine erlebnisorientierte Ausstellung zu biblischen Personen von Abraham bis Jesus Christus in einem Zeltkubus mit einer dazu gehörigen Begleitbühne, u.a. in Köln direkt neben dem Dom. Der stark frei-evangelisch und baptistisch verantwortete Kölner Bibeljahr-Trägerkreis verband mit diesem Projekt aufgrund des hohen Anteils an ausländischen Mitbürgern und der Vielzahl an muslimischen und anderen Religionsgemeinschaften neben der bibelmissionarischen und ökumenischen auch eine interreligiöse Zielsetzung, nämlich mit Angehörigen anderer Religionsgemeinschaften, insbesondere den jüdischen und muslimischen, das öffentliche interreligiöse Gespräch zu suchen. Dies wurde umgesetzt durch Hinweise in der Ausstellung auf die Bedeutung der biblischen Personen in anderen Religionen und durch vier Interreligiöse Gesprächsforen auf der Begleitbühne zu den ausstellungsorientierten Themen Abraham, Heilige Schriften, Gerechtigkeit und Fremdsein. Insbesondere diese Foren waren ein herausforderndes Wagnis. Zum einen, weil es sich nicht um akademisch abgeschiedene und räumlich geschützte Veranstaltungen handelte, sondern um öffentliche Veranstaltungen mit Publikumsdiskussionen auf einem offenen zentralen Platz, wo sehr unterschiedliches Publikum (Interessierte, Passanten, evtl. Störer etc.) zusammenkam, dessen Reaktionen nur schwer vorhersehbar waren. Zum anderen, weil auch manche Mitarbeitende bei dem bibelmissionarischen Projekt „BibelBox“ Mühe hatten, diesen deutlichen interreligiösen Akzent mitzutragen. Dennoch gelang dieses Wagnis, weil die Podiumsvertreter der verschiedenen Gemeinschaften und Glaubensrichtungen (insgesamt 5 Muslime, 5 Christen, 2 Juden, 1 Buddhist) beispielhaft zeigten, wie man mit Bestimmtheit die eigene Überzeugung vortragen und zugleich Respekt vor dem Anderen und seiner religiösen Überzeugung zeigen kann. Gerade die Vielfalt der Vertreter trug dazu bei, einander differenzierter wahrzunehmen.

### **Literaturempfehlungen (Auswahl):**

- Christlicher Glaube und Islam, Erklärung der Lausanner Bewegung, Deutscher Zweig in Verbindung mit der DEA und der AMD, Stuttgart 1997.
- U. Dehn (Hg.): Islam in Deutschland - quo vadis? EZW-Text 180, Berlin 2005.
- W. Haubeck, W. Heinrichs, M. Schröder (Hg.): In keinem andern ist das Heil. Die Einzigartigkeit Jesu Christi heute, Theologische Impulse Bd. 7, Witten 2003.
- Islam und Christlicher Glaube - Zeitschrift des Instituts der Lausanner Bewegung für Islam-Fragen Wetzlar e.V. (IFI); Schriftleitung: Christine Schirmmacher, Redaktion: Andreas Maurer (CH), Eberhard Troeger, Ahmad Turkamani
- A. Maurer: Basiswissen Islam - und wie Christen Muslimen begegnen können, Holzgerlingen 2002
- Muslimen Christus bezeugen. Blickpunkt Gemeinde Nr. 3, 1998; 22. Jg., Kassel.
- Salzkorn 1/2005: Miteinander, Nebeneinander, Gegeneinander? Muslime unter uns. Eine Bestandsaufnahme, OJC, Reichelsheim 2005
- Chr. Schirmmacher: Der Islam: Geschichte - Lehre - Unterschiede zum Christentum. 2 Bände, Neuhausen 1994
- U. Spuler-Stegemann: Muslime in Deutschland. Informationen und Klärungen, 3. Aufl. Freiburg 2002
- U. Spuler-Stegemann (Hg.): Feindbild Christentum im Islam. Eine Bestandsaufnahme, Freiburg 2004
- E. Troeger: Miteinander oder nebeneinander. Muslime unter uns. Eine neue Herausforderung für Christen, Salzkorn 1/2004, OJC, Reichelsheim, S. 13-20.
- E. Troeger: Islam im Aufbruch. Islam in der Krise? Wuppertal 2<sup>1</sup>981.
- VELKD und Arnoldshainer Konferenz (Hg.): Religionen, Religiosität und christlicher Glaube, Gütersloh 1991.
- VELKD und EKD (Hg.): Was jeder vom Islam wissen muss, 6. Aufl. Gütersloh 2001.

### **Internetadressen:**

<http://www.islaminstitut.de/>

<http://www.answering-islam.de>

<http://www.ead.de> (Arbeitskreis Islam)

Für weitere Informationen verweisen wir auf zwei Organisationen, die sich seit Jahrzehnten um ein angemessenes christliches Zeugnis in der islamischen Welt bemühen: **Evangeliumsgemeinschaft Mittlerer Osten** (EMO), Walkmühlstr. 8, 65195 Wiesbaden; **Orientdienst**, Postfach 4546, 65035 Wiesbaden.

Bereits erschienene Ausgaben von MITGEDACHT:

Heft 1/2001: Zur Aufnahme und Integration von Migranten in Deutschland

Heft 2/2001: Sonntagsruhe - Sonntagsarbeit

Heft 1/2002: Leben annehmen statt auswählen. Zum Problem der pränatalen Diagnostik

Heft 1/2003: Gewalt

MITGEDACHT ist zu beziehen... bei der Geschäftsstelle des Bundes Freier evangelischer Gemeinden,

Goldtenkamp 4, 58452 Witten, oder: Postfach 4005, 58426 Witten,

oder per E-mail: [Dueser@bund.feg.de](mailto:Dueser@bund.feg.de)

Einzelpreis: 1,- €; ab 5 Stück: 0,80 € pro Heft; ab 10 Stück: 0,60 € pro Heft.

Spenden zur Unterstützung der Arbeit des „Gesprächskreises für soziale Fragen“ sind jederzeit willkommen: Kto. Nr. 140 900 bei der SKB Witten, BLZ 452 604 75, Stichwort „Gsf“.

**MITGEDACHT** wird in loser Folge herausgegeben vom „Gesprächskreis für soziale Fragen im Bund Freier evangelischer Gemeinden KdöR“; v.i.S.d.P.: Dr. Johannes Demandt, Bendemannstr. 16, 40210 Düsseldorf. E-mail: [gfs@bund.feg.de](mailto:gfs@bund.feg.de)